

November
2020

SOVD *Magazin*

Herausgegeben vom Sozialverband Deutschland



**Notwendige Impulse fehlen
Unzureichende Barrierefreiheit
beim Bauen und Wohnen**

Eine starke Gemeinschaft

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) vertritt die Interessen der Rentner, der Patienten und gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Wir setzen uns für Ihre Rechte ein und bieten unseren Mitgliedern Beratungsstellen in ganz Deutschland. Dort erhalten sie Hilfe bei Fragen zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung oder in behindertenrechtlichen Dingen. Soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir setzen uns für den Ausbau und den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme ein.



Der Sozialstaat ist ein wichtiges Auffangnetz für die Menschen – das zeigt sich gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Uns geht es auch um Chancengleichheit, zum Beispiel um die Bildung und Ausbildung, die unsere Gesellschaft behinderten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen bietet.

Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft mit rund 600.000 Mitgliedern. Bei uns können Sie sich engagieren und mit anderen gemeinsam aktiv werden. Einer von über 2.000 Ortsverbänden befindet sich bestimmt auch in Ihrer Nähe.



Die bundesweit über 600.000 Mitglieder des SoVD bilden eine starke Gemeinschaft.

Armut in Europa

SoVD und AWO fordern eine gesamteuropäische Strategie zur Armutsbekämpfung.
Seite 4–15



Begrenzung der Pflegekosten

Über die Deckelung der Eigenanteile hinaus fordert der SoVD eine Pflegevollversicherung.
Seite 20 – 23



Covid-19 in der Pflege

Das Bundesministerium für Gesundheit lud den SoVD zu einem Austausch ein.
Seite 32 – 33



Notwendige Impulse fehlen

SoVD: Musterbauordnung bleibt hinsichtlich der Barrierefreiheit mangelhaft.
Seite 16 – 19



Assistenzhunde im Alltag

Über die Aufgaben sogenannter Assistenzhunde herrscht noch viel Unwissen.
Seite 24 – 31



SoVD und AWO stellen gemeinsam Strategien zur Armutsbekämpfung in Europa vor

Armut gesamteuropäisch begegnen



Seit Juli hat Deutschland die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union inne. Soziale Fragen und der Kampf gegen Armut müssen in der Amtszeit oberste Priorität haben, meinen SoVD und AWO. In einer gemeinsamen Hybridveranstaltung stellten die Verbände ihre Forderungen für eine gesamteuropäische Strategie zur Armutsbekämpfung vor. An der Konferenz nahmen auch EU-Kommissar Nicolas Schmit und Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) teil.

Foto: Wolfgang Borrs

Podiumsdiskussion mit Mindestabstand, v.li.: Prof. Dr. Benjamin Benz (Evangelische Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe), Erika Biehn (Nationale Armutskonferenz), Malte Steuber (Junge Europäische Föderalisten Deutschland) und Moderatorin Petra Pinzler.

Die Europäische Union (EU) steht vor großen Aufgaben. Der Brexit ist weiterhin ungelöst, der „Green New Deal“ sorgt für Streit und die Bekämpfung der Corona-Pandemie verlangt höchste Anstrengungen. Daneben gibt es enorme sozialpolitische Herausforderungen:

Eine von fünf Personen – das sind insgesamt 118 Millionen Menschen in der EU – ist von Armut bedroht. Im Zuge der Übernahme der sechsmonatigen EU-Ratspräsidentschaft, die in eine Zeit der Neuordnung europapolitischer

Ziele insgesamt fällt, hat Deutschland ein ambitioniertes Programm vorgestellt.

Verbindliche europäische Mindeststandards gefordert

SoVD und AWO wollen, dass der Armutsbekämpfung ein noch höheres

Gewicht eingeräumt wird. Sie fordern unter anderem verbindliche europäische Mindeststandards für soziale Sicherungssysteme. Im Rahmen der Fachveranstaltung in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD machten die beiden Verbände zugleich ein Programm mit ins-



Foto: Wolfgang Borrs

Um die Teilnehmer*innen der Konferenz nicht zu gefährden, waren in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle nur wenige Besucher*innen zugelassen.

gesamt neun Kernforderungen für ein sozialeres Europa öffentlich. Die Konferenz mit Präsenzvorträgen und zugeschalteten Gästen unter anderem aus Brüssel wurde über Youtube live im Internet übertragen und fand ein großes Echo bei den Medien.

SoVD-Präsident Adolf Bauer sagte in seiner Eröffnungsrede, dass das Thema Armut durch die Corona-Pandemie in Europa zwar an Dringlichkeit gewinne, jedoch auch vorher schon ein wichtiges Anliegen gewesen sei. Bauer verwies hierbei auf die „Europa-2020-Strategie“, die die Armut in der EU bis dato deutlich reduzieren sollte. Dies sei nicht gelungen, so der SoVD-Präsident. Einmal mehr, wie schon bei der Finanzkrise, treffe es vulnerable Gruppen wie Ältere, Menschen mit geringem Bildungsgrad oder Menschen mit Behinderungen besonders stark.

Schon jetzt jedes vierte Kind in EU von Armut bedroht

Gerwin Stöcken, Präsidiumsmitglied der AWO und Sprecher der

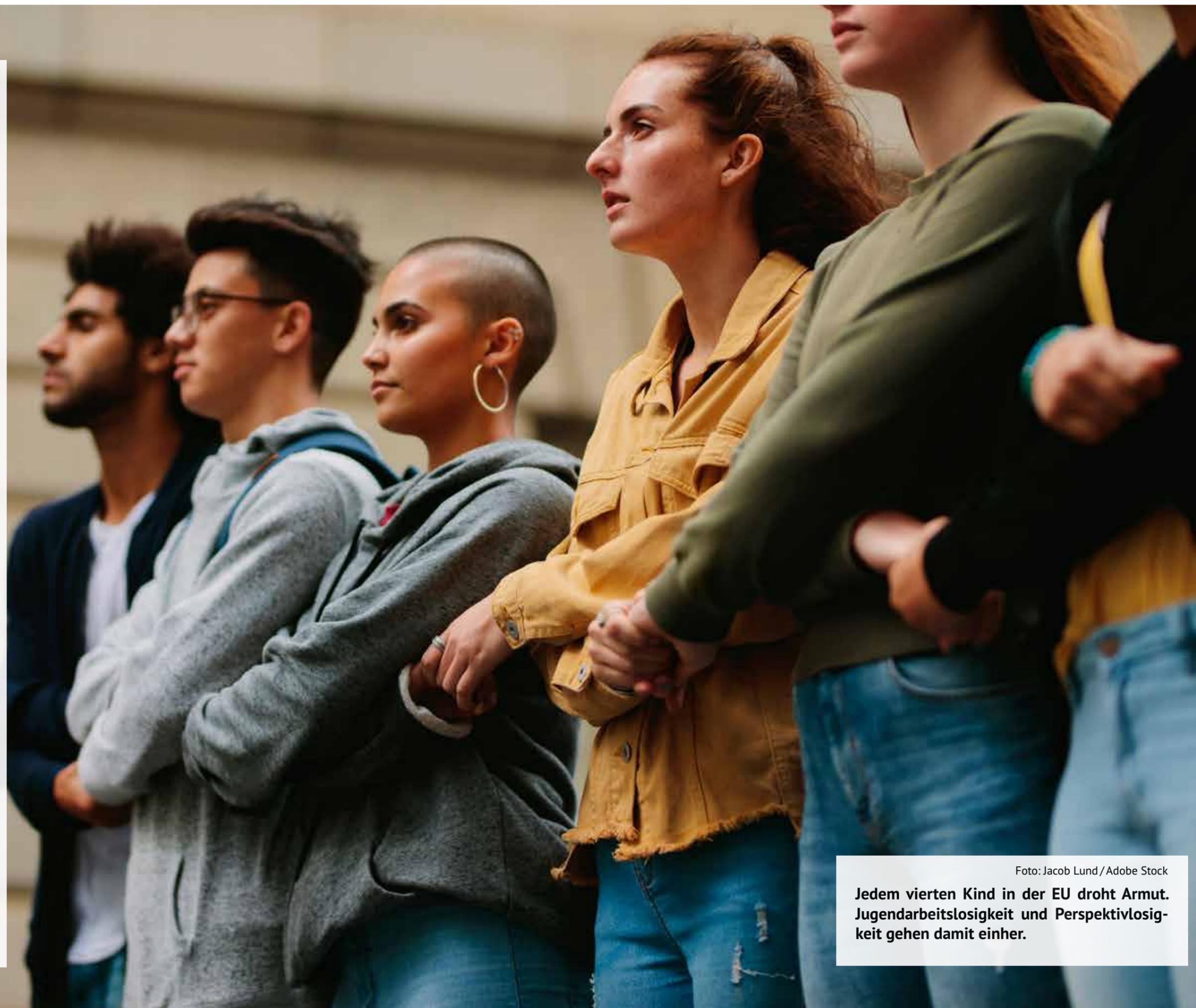


Foto: Jacob Lund / Adobe Stock

Jedem vierten Kind in der EU droht Armut. Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit gehen damit einher.

Nationalen Armutskonferenz, plädierte für die Einrichtung von existenzsichernden Grundsicherungssystemen. Der deutschen Ratspräsidentschaft käme dabei eine besondere Rolle zu, denn jetzt sei es möglich, die Weichen für die nächsten Jahre zu stellen. Er warnte davor, dass Kinder die Verlierer der Corona-Krise werden. Schon jetzt sei EU-weit fast jedes vierte Kind von Armut und Ausgrenzung bedroht.

Benjamin Benz, Professor für Politikwissenschaft und Sozialpolitik an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, kritisierte, die EU habe in den letzten Jahren „eher die Armen als die Armut bekämpft“. Mittlerweile hätten viele Verantwortliche jedoch den Wert des Sozialen erkannt. Bei der Mindestsicherung gehe es um das „unterste, das allerunterste soziale Netz“, so Benz.

„Corona-Krise legt wie ein Brennglas Probleme offen“

Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, betonte die europäische Ver-



Fotos: Wolfgang Borrs

Von links: Prof. Jens M. Schubert, Geschäftsführer des AWO-Bundesverbandes, Stephanie Rinke, Geschäftsführerin des SoVD-Bundesverbandes und SoVD-Präsident Adolf Bauer.

antwortung hinsichtlich Armut bei Erwerbstätigkeit. Er kritisierte Tendenzen wie die zunehmende Prekarisierung von Beschäftigung, die Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt und die nach wie vor verbreitete Kinderarmut. Armut in reichen Gesellschaften wie der europäischen sei ein Skandal. Schmit dankte SoVD und AWO für ihr solidarisches sozialpolitisches Handeln aus langer Tradition und versprach einen Vorschlag für Mindestlöhne in Europa.

Bundessozial- und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) bezeichnete die Corona-Krise als „Brennglas“. Die Pandemie lege bisherige Probleme offen und produziere Handlungsbedarf. Die Krise zeige aber auch, dass sozialstaatliche Elemente wie das Kurzarbeitergeld funktionierten und Menschen vor Armut schützten. Heil kündigte an, während der deutschen Ratspräsidentschaft einen europäischen Rahmen für nationale Löhne und Sicherungssysteme zu entwickeln.

An der folgenden Diskussion nahmen Erika Biehn von der Nationalen Armutskonferenz, Gabriele Bischoff (SPD, Mitglied des EU-Parlaments), Prof. Benjamin Benz und Malte Steuer, ehemaliger Bundesvorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland, teil. Im Mittelpunkt standen Fragen der Kindergarantie, der europäischen Mindestsicherung sowie europäischer Mindestlöhne. Erika Biehn, als armuterfahrene Vertreterin der NAK, forderte, in Ar-

mut lebende Menschen mehr anzuhören. „Es geht nicht um das reine Geld, und das habe ich auch in anderen Staaten gehört. Es geht auch darum, wie man als von Armut betroffener Mensch behandelt wird – in den Behörden, in der Gesellschaft. Am Ende ist Armut eine Frage der Würde.“



Fotos: Wolfgang Borrs
Neben den Vorträgen vor Ort waren viele Redner*innen der Konferenz per Video zugeschaltet.



Schlussworte sprachen Prof. Jens M. Schubert, Geschäftsführer des AWO-Bundesverbandes nach § 30 BGB, und SoVD-Vizepräsidentin Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer. Schubert mahnte, dass Appelle und nette Worte allein nichts brächten. Um den sozialen Fortschritt zu fördern, seien verbindliche Rechtsakte nötig.

Engelen-Kefer kritisierte die Diskrepanz zwischen politischen Zielen und der Realität. Sie fasste drei wesentliche Instrumente für ein sozialeres Europa zusammen: einen europäischen Mindestlohn, einen europäischen Rahmen für die Grundsicherung sowie einen Standard für eine EU-Arbeitslosenversicherung.

Foto: Wolfgang Borrs

Die Konferenz wurde live von Youtube übertragen und stieß auch sonst auf großes Interesse bei den Medien.

Barrierefreiheit mangelhaft – SoVD kritisiert Entwurf der Musterbauordnung

Notwendige Impulse fehlen

Die sogenannte Musterbauordnung dient den einzelnen Bundesländern als Vorlage für ihre verbindlichen Landesbauordnungen. Deren geplante Überarbeitung weist nach Ansicht des SoVD behindertenpolitisch jedoch erhebliche Defizite auf. Dringend erforderliche Verbesserungen werden nicht auf den Weg gebracht; wichtige Regelungen zur Barrierefreiheit im Kern sogar aufgeweicht und abgesenkt.



Foto: Yakobchuk Olena / Adobe Stock

Noch immer drückt die Politik beim Thema barrierefreies Bauen nicht die richtigen Knöpfe.

Der dem SoVD vorliegende Entwurf der Musterbauordnung setzt bauordnungsrechtlich die falschen Signale. Zudem ist er angesichts der demografischen Entwicklung in unserem Land kaum vertretbar: Die bundesweit vorhandenen 800.000 barrierefreien Wohnungen müssten verdreifacht werden, um den tatsächlichen Bedarf zu decken. Diese alarmierenden Zahlen zeigen den akuten Handlungsbedarf deutlich. Zudem werden die Bedarfe in den nächsten Jahren weiter steigen.

Barrierefreiheit liegt dabei keinesfalls nur im Interesse von Senior*innen und pflegebedürftigen sowie behinderten Menschen. Sie bietet vielmehr einen Komfort, der zu einem selbstverständlichen Standard für jede Wohnung werden sollte.

Vor diesem Hintergrund appelliert der SoVD an die Bundesländer, mit der Überarbeitung der Musterbauordnung die notwendigen Impulse für mehr Barrierefreiheit beim Bauen und Wohnen zu setzen. Bei dem bisher

vorgelegten Entwurf zumindest besteht dringender Nachbesserungsbedarf.

So soll etwa die schon jetzt unzureichende Aufzugspflicht bei dem nachträglichen Ausbau von Häusern weiter aufgeweicht werden. Das ist für den SoVD schlicht nicht hinnehmbar; zumal barrierefreies Bauen kaum eine Frage der Kosten, sondern vielmehr der Konzeption und Planung ist. Gerade im Wohnungsneubau muss Barrierefreiheit jetzt konsequent für sämtliche Wohnungen umgesetzt werden. Beispielhaft sei auf die niedersächsische Landesbauordnung verwiesen. Hier ist bereits bei Gebäuden mit mehr als vier Wohnungen Barrierefreiheit grundsätzlich vorgeschrieben. Eine vergleichbare Regelung braucht es endlich auch in der Musterbauordnung.



Foto: auremar / Adobe Stock

Für einzelne sind Personenaufzüge dringend notwendig, für alle aber sind sie letztlich ein willkommener Komfort.

SoVD fordert über Deckelung der Eigenanteile hinausgehende Leistungen

Begrenzung der Pflegekosten

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) kündigte eine umfassende Pflegereform an. Für die Pflege im Heim wäre demnach nur noch in den ersten drei Jahren ein Eigenanteil von maximal 700 Euro pro Monat zu zahlen. Verbessern will Spahn zudem die Pflege zu Hause. SoVD-Präsident Adolf Bauer begrüßte die Begrenzung der Eigenanteile als einen wichtigen Zwischenschritt. Zur Absicherung des gesamten Pflegerisikos fordere der Verband jedoch weiterhin eine Pflegevollversicherung.

Foto: bojan / Adobe Stock

Über eine Begrenzung der Eigenanteile hinaus fordert der SoVD perspektivisch eine Pflegeversicherung, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt – also inklusive aller Eigenanteile.

Mit der Reform würde die Teilkostenversicherung im stationären Bereich nach 36 Monaten in ein „echtes“ Vollversicherungssystem übergehen und damit pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige finanziell entlasten. Angesichts einer durchschnittlichen Verweildauer in Pflegeheimen zwischen einem und zweieinhalb Jahren (je nach Statistik) fällt die Bilanz jedoch etwas ernüchternd aus. Auch aus diesem Grund würde der SoVD eine niedrigere Deckelung des Eigenanteils begrüßen.

Noch immer müssten 25.000 Euro aus eigener Tasche bezahlt werden. Diese Summe stellt viele Betroffene vor eine große Herausforderung. Die Lösung sieht der SoVD dabei nicht in der privaten Vorsorge. Mit einer „Pflegevollversicherung“ fordert der SoVD vielmehr die vollständige Übernahme aller pflegebedingten Kosten, ohne dass die Betroffenen Zuzahlungen leisten müssen.

Mit seiner Reform will der Bundesgesundheitsminister auch die Pflege zu Hause verbessern und erreichen, dass Angehörige diese einfacher organisieren können.

Geplant ist hierfür ein jährliches Pflegebudget, aus dem dann etwa Kurzzeit- oder Verhinderungspflege gezahlt werden. Wer Angehörige zu Hause pflegt, soll außerdem mehr Leistungen bekommen.

Ein solches Pflegebudget, das die flexible Inanspruchnahme von Leistungen ermöglicht, hatte der SoVD bereits 2013 vorgeschlagen. In dem entsprechenden Gesetz fehlt

allerdings noch eine Dynamisierungsautomatik, die eine jährlich automatisch wirkende Anpassung ermöglicht, ohne dass der Gesetzgeber gesondert tätig werden muss. Aus Sicht des SoVD fällt die vorgesehene Pflegereform für die ambulante Versorgung dennoch zurückhaltend aus.

Ein weiterer Punkt der Reform: Wer in der stationären Pflege arbeitet, erhält einen höheren Lohn. Hierfür sollen nur noch die Pflegeeinrichtungen zur Versorgung zugelassen werden, die nach Tarif oder tarifähnlich bezahlen. Der SoVD unterstützt die Forderungen nach einer angemessenen Bezahlung und nach besseren Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche. Dies darf jedoch nicht nur für die stationäre Pflege gelten, sondern muss in gleicher Weise auch ambulant beruflich Pflegende miteinbeziehen.

Foto: bojan / Adobe Stock

Die geplante Reform bringt Erleichterungen, sollte in einigen Punkten noch nachgebessert werden.

Über die Existenz und die Aufgaben von Assistenzhunden herrscht noch viel Unwissen (Teil 2)

Manja und Mascha - ein tierisch gutes Team

Offiziell gelten Assistenzhunde als „medizinisches Hilfsmittel“. Für ihre Besitzer*innen sind sie aber nicht nur Alltagshelfer und Lebensretter, sondern auch Seelentröster und Gefährten. Retrieverhündin Mascha ist für Manja M. zu einer unentbehrlichen Helferin geworden. Leider zeigen einige Mitmenschen wenig Verständnis für Assistenzhunde – oft aus Unwissenheit.



Foto: mamy

So zeigt Mascha an, dass Manjas Blutdruck bedrohlich hoch ist.

Manchen Menschen sieht man ihre Behinderung nicht an, so wie Manja M. Die 46-Jährige leidet an maligner Hypertonie. Der ohnehin schon zu hohe Blutdruck schnell bei Schreck- und Stresssituationen schlagartig in lebensgefährliche Höhen. Es treten zum Beispiel Sehstörungen auf und es besteht die Gefahr der Ohnmacht. Dadurch können sich im Alltag jederzeit gefährlichen Situationen ergeben. Manja berichtet: „Ich brauchte ja eigentlich immer, wenn ich rausging, jemanden, der auf mich aufgepasste.“ Dazu kam die Angst, dass es niemand mitbekommt, wenn sie nachts bewusstlos wird.

Seit vor eineinhalb Jahren Labradorhündin Mascha in ihr Leben getreten ist, lebt Manja viel unabhängiger und sicherer. Die Hündin wurde speziell auf ihre Bedürfnisse hin ausgebildet. Mascha kann zum Beispiel Medikamente bringen und den Notruf auslösen. Und sie ist zum Frühwarnsystem geworden: „Mascha merkt inzwischen den Blutdruckanstieg. Sie zeigt ihn an, auch wenn wir alle das gar nicht mitbekommen. Das kann man nicht



trainieren, das ist mit der Zeit entstanden.“

Ein Assistenzhund ist eine teure „Anschaffung“ im fünfstelligen Bereich. Mascha wurde zum Beispiel in einer Hundeschule ausgebildet. Die Krankenkasse übernimmt die Kosten nicht, die müssen die Besitzer*innen privat aufbringen. Das ist mit ein Grund, warum es so wenige Assistenzhunde in Deutschland gibt.

Manja achtet darauf, dass Mascha als Assistenzhund gut sichtbar gekennzeichnet ist. Viele Menschen reagieren verständnisvoll und positiv auf Manja und ihren Hund. Trotzdem erlebt sie immer wieder, dass Leute aggressiv reagieren, wenn sie etwa mit dem Hund ein Geschäft betritt. Denn ihre Behinderung ist ihr nicht anzusehen. Manja empört sich zu Recht, wenn sie nach der Art ihrer Behinderung gefragt wird: „Sie können nach

Foto: mamy

Vor einer Straßenüberquerung sichert die Hündin ihr Frauchen.

Ausweis oder Bescheinigung fragen, aber nicht nach Diagnosen, das geht niemanden etwas an.“

Es gibt Mitmenschen, die nicht einmal bereit sind, zuzuhören, sondern sich lautstark über mangelnde Hygiene, Allergien oder einfach nur ihre persönliche Abneigung gegen Hunde ereifern. Manja ist beschimpft und sogar bespuckt worden, ihr Hund wurde geschubst. Manja macht es traurig, dass dabei niemand eingegriffen oder sie verteidigt hat. Am schlimmsten seien die Anfeindungen am Strand und – für sie besonders enttäuschend – im medizinischen Bereich.

Eigentlich sollte man erwarten, dass gerade Ärzt*innen wissen, wozu ein Assistenzhund da ist und dass er benötigt wird, aber auch in diesem Bereich herrscht viel Unwissenheit. Manchmal ist es auch einfach nur mangelnde Empathie, wenn zum Beispiel ein Arzt dem Hund den Zutritt mit der Begründung „ich mag das nicht!“ verwehrt. „Ich weiß von Leuten, die ärztliche Versorgung nicht wahrnehmen oder die nicht in die Reha fahren, weil ihr Assistenzhund dort nicht

willkommen ist,“ sagt Manja. Um aufzuklären, engagiert sie sich ehrenamtlich bei der Kampagne „Zutritt für Assistenzhunde“ der Organisation „Pfotenpiloten“ (wir berichteten in der Oktober-Ausgabe). Sie klärt Geschäftsinha-

ber*innen darüber auf, dass sie gesetzlich abgesichert sind, wenn sie Assistenzhunde einlassen, dass es keine hygienischen Einwände gibt und dass sie ein Team bei schlechtem Benehmen auch per Hausrecht hinauswerfen dürfen.

Foto: mamy

Sollte Manja bewusstlos sein, läuft Mascha zum Alarmknopf.



In der Regel ist ein Assistenzhund aber – im Gegensatz zu manchem Haushund – sehr gut erzogen. Auf Sauberkeit legt Manja großen Wert, schließlich sieht sie sich als Botschafterin für die Sache. Wenn sie sich etwas wünschen könnte, wäre es neben der besseren Akzeptanz von Assistenzhunden im medizinischen Bereich auch eine gerechtere Behandlung beim Reisen: während Menschen mit dem Merkzeichen „B“ im Schwerbehindertenausweis ihren (unausgebildeten) Hund kostenlos mitnehmen dürfen, muss sie für Mascha ein Kinderticket bezahlen, sie anleinen und ihr einen Maulkorb verpassen – was die Hilfestellung durch den Hund unmöglich macht. Auch bei den Unterkunftsmöglichkeiten an den Ferienorten fühlt sich Manja diskriminiert. Es gibt wenige hundefreundliche Unterkünfte und/oder sie muss für den Hund extra zahlen. Wenn sie schon nicht mit ihren Freunden zusammenwohnen kann, würde sie gerne wenigstens in deren Nähe unterkommen. Zudem kann sie durch ihre Behinderung auch keine weiten Wege bewältigen.

Manja empfindet die gegenwärtige Situation als sehr ungerecht: „Assistenzhunde sind keine Haushunde, sie sind ein medizinisches Hilfsmittel.“ Abhilfe könnte ein Assistenzhundegesetz schaffen, das aber noch in Planung ist. Was sich Manja von ihren Mitmenschen wünscht: „dass die Leute Respekt vor der Arbeit die-

ser Hunde haben, die im Ernstfall Leben retten, und ihn nicht stören.“ Das bedeutet, einen Assistenzhund während der Arbeit nicht abzulenken, den eigenen Hund fern halten, nicht zu fragen, ob man den Hund mal streicheln darf. Und noch etwas würde sie freuen: „dass jemand eingreift, wenn ein Team schlecht behandelt wird.“

Foto: mamy

Mit der Schnauze löst der Assistenzhund einen Notruf aus.



SoVD im Gespräch

Erfahrungen mit Covid-19 in der Pflege

Zu einem Austausch über die pflegepolitischen Erfahrungen bei der Bewältigung der Covid-19-Pandemie lud das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) ausgewählte Interessenverbände ein. Als eine der maßgeblichen Organisationen nahm auch der SoVD an dem Gespräch teil.

Eines der Themen war die Schließung ambulanter Tagespflegereinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Hier hätte den Betroffenen ein Hygienekonzept oder als Alternative eine ambulante Tagesbetreuung geholfen.

Thematisiert wurde auch der erschwerte Zugang zu Schutzausrüstung. Besonders kritisierte der SoVD jedoch die strikten Besuchsverbote in stationären Einrichtungen. Der Verband bemängelte, dass Einrichtungen Kontaktmöglichkeiten nach wie vor erheblich einschränken.

Das Gespräch bewertete auch der SoVD als positiv. Allerdings hätte man sich einen solchen Erfahrungsaustausch bereits zu einem früheren Zeitpunkt gewünscht.

Foto: bilderstoeckchen/Adobe Stock

Zu Beginn der Pandemie sprachen Pflegeheime sowie Senior*innen- und Behinderteneinrichtungen rigorose Besuchsverbote aus. Mit entsprechenden Schutz- und Hygienekonzepten sollte aus Sicht des SoVD jedoch dafür Sorge getragen werden, dass Bewohner*innen weiterhin Kontakt zu ihren Angehörigen halten können.



Beziehen Sie die SoVD-Zeitung jetzt auch digital

Interesse am E-Paper?

Möchten Sie die SoVD-Zeitung testweise auch online lesen? Probieren Sie es einfach aus! Um das E-Paper zu beziehen, tragen Sie sich bitte einmalig auf einem eigens hierzu eingerichteten Formular auf der Internetseite des SoVD ein.

Auch das E-Paper, das 1:1 die gedruckte SoVD-Zeitung abbildet, wird Ihnen nach Hause zugestellt. Wenn Sie Ihre E-Mail-Adresse eingetragen haben, erhalten Sie beginnend ab Dezember per E-Mail einen Link zur aktuellen Ausgabe. Mit dem E-Paper bekommen Sie gebündelt auch alle Landesbeilagen. Selbstverständlich werden Ihre Daten nur zum Zweck des E-Mail-Versandes aufgenommen.

Als ältester deutscher Sozialverband sind wir „aus Tradition modern“. Auch im Bereich der Verbandsmedien setzen wir auf Bewährtes und gehen gleichzeitig neue Wege. Wir möchten herkömmliche und digitale Informationskanäle sinnvoll vernetzen, sodass die breit und unterschiedlich gestreuten Bedürfnisse aller Mitglieder berücksichtigt werden können.

Foto: photokozyr / Adobe Stock

Die SoVD-Zeitung gibt es künftig auch als digitales E-Paper. Hierfür müssen sich Mitglieder lediglich online anmelden.

Resonanz auf Umfrage

Um noch besser zu werden, wollte der SoVD mehr über seine Mitglieder erfahren. Darum hatte er diese um ihre Meinung zu Interessen, Themen und der Verbandsarbeit gebeten. Den in der Zeitung abgedruckten Fragebogen konnte man bis zum 30. September nicht nur per Post senden, sondern auch bequem online ausfüllen.

Die Beteiligung war sehr hoch: Über 3.500 Mitglieder machten mit – ein tolles Ergebnis! Die fünf verlostten Blumensträuße wurden im Oktober verschickt.

Derzeit läuft die Auswertung. Über die konkreten Resultate und Zahlen im Einzelnen wird „SoVD – Soziales im Blick“ in den nächsten Ausgaben sowie im Online-Magazin ausführlich berichten.

The screenshot shows the website of the Sozialverband Deutschland (SoVD) with a survey form titled 'E-Paper Umfrage'. The form is set against a red background. At the top, the SoVD logo and navigation menu are visible. The survey text explains that members can receive the newspaper as an e-paper until the end of May 2021. The form includes fields for first name, last name, membership number, and email address. There is a checkbox for 'Ich möchte die SoVD-Zeitung zusätzlich als E-Paper beziehen' and a 'Senden' button. The footer contains copyright information and links to the public procedure register, imprint, data protection, and contact.

Sozialverband Deutschland

SOVD

Der SoVD Corona-Krise Soziale Kälte Unsere Themen **Publikationen** Mitglied werden Presse Spenden Kontakt

Startseite > Publikationen

E-Paper Umfrage

Wenn Sie die SoVD-Zeitung „Soziales im Blick“ für einen Testzeitraum zunächst bis Ende Mai 2021 zusätzlich als E-Paper beziehen möchten, tragen Sie bitte hier Ihre Daten ein. Der Bezug beginnt mit der Ausgabe 12/20.

Vorname * Nachname *

Mitgliedsnummer * E-Mail-Adresse *

Ich möchte die SoVD-Zeitung zusätzlich als E-Paper beziehen

Senden

© 2020 SoVD e.V. Öffentliches Verzeichensverzeichnis – Impressum – Datenschutz – Kontakt

Foto: photokozyr / Adobe Stock

Auf der Homepage www.sovd.de müssen für den Bezug des E-Papers nur einige Daten eingegeben werden.

Wie sollten Familien über die Krise sprechen?

Kinder und Corona

Die Folgen der Corona-Pandemie lösen bei Erwachsenen Sorgen aus. Das merken natürlich auch Kinder. Wie also sollten Eltern mit ihrem Nachwuchs über die Krise sprechen?

Foto: Konstantin Yuganov / Adobe Stock

Über die während der Pandemie besonders wichtigen Hygienemaßnahmen kann man mit Kindern durchaus sprechen.





Die Corona-Pandemie beeinflusst den Alltag von Familien an unterschiedlichen Stellen. Manches können Kinder gut verarbeiten, anderes löst unter Umständen Ängste aus. Eltern sollten deshalb gut überlegen, über welche Dinge sie mit ihren Kindern wie sprechen. Das erklärt Kathrin Sevecke, Professorin für Kinder- und Jugendpsychiatrie,

in einem Interview in der Zeitschrift „Psychologie Heute“. Hygienemaßnahmen etwa könne man Kindern erklären und vormachen, ähnlich wie man ihnen auch das richtige Zähneputzen beibringt. Behutsamer sollten Eltern dagegen sein, wenn es um eigene Sorgen und Ängste geht, um diese nicht an die Kinder weiterzugeben. So rät die Expertin, gerade

Ungewisses, zum Beispiel eine drohende Kündigung, nicht ungefiltert zu erzählen. Das sollte jedoch nicht dazu führen, dass es „Familiengeheimnisse“ gibt. Erkrankt beispielsweise der Opa oder ein anderes Familienmitglied, sollte man das nicht verschweigen, sondern offen kommunizieren und etwa sagen: „Wir hoffen alle ganz fest, dass es ihm bald wieder gut geht.“

Foto: Konstantin Yuganov / Adobe Stock

Das notwendige Händewaschen sollten Eltern mit ihren Kindern regelmäßig üben.

„ichbinhier“ – gemeinnütziger Verein setzt sich gegen Hetze im Internet ein

Hass ist keine Meinungsfreiheit

Soziale Netzwerke wie beispielsweise Facebook bieten umfangreiche Möglichkeiten, sich zu ganz unterschiedlichen Themen online auszutauschen. Nicht alle Nutzer*innen halten sich dabei an die Regeln eines respektvollen Umgangs miteinander. Aus der Anonymität heraus werden in Kommentaren andere Menschen beleidigt, ausgegrenzt oder sogar direkt mit Gewalt bedroht. Gegen derartige Hetze und für eine wertschätzende Debattenkultur setzen sich die Mitglieder von #ichbinhier ein.



Foto: pathdoc / Adobe Stock

In einer ernsthaften Auseinandersetzung haben Beleidigungen und persönliche Angriffe nichts verloren.

Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Sie endet jedoch dort, wo die Würde anderer Menschen verletzt wird. Hassreden finden sich längst nicht mehr nur in den sogenannten sozialen Medien. Auch bei öffentlichen Veranstaltungen und Demonstrationen wird auf teilweise entwürdigende Weise unverhohlen gegen einzelne Personen oder ganze Bevölkerungsgruppen gehetzt. Jene, die sich – anders als noch vor einigen Jahren denkbar – nicht mehr scheuen, andere mit abwertenden Aussagen zu überziehen, sind inzwischen zu einem besonders lauten Teil unserer Zivilgesellschaft geworden. Leider scheinen gerade derartige Extrempositionen häufig Gehör zu finden und die öffentliche Debatte mitzubestimmen.

Genau damit jedoch möchten sich die Mitglieder des Vereins „ichbinhier“ nicht abfinden. Neben einer umfangreichen Bildungsarbeit unterstützen sie unter anderem die Nutzer*innen sozialer Netzwerke und sensibilisieren dort für das Thema Hass im Netz. Allein auf Facebook etwa stellen sich 45.000

Gleichgesinnte aufhetzenden Äußerungen entgegen und bilden mit ihren konstruktiven und menschenfreundlichen Kommentaren ein Gegengewicht zu den meist pauschalisierenden und aggressiven Stimmen. Mit ihrer Gegenrede („counter speech“) tragen die Anhänger*innen von #ichbinhier somit aktiv zu einer anständigen Debatte und einem vielfältigen Meinungsbild bei.



Foto: Voyagerix / Adobe Stock

Die Initiative #ichbinhier unterstützt Menschen und Institutionen dabei, sich gegen Hasskommentare und Beleidigungen im Internet zu wehren.

Mit spitzer Feder

Krisensichere Geschäfte



Impressum

Das Online-Magazin erscheint monatlich in Ergänzung zur Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“. Gelesen werden kann es online unter www.sovd.de sowie (mit Zusatzfunktionen) über die App „SoVD Magazin“. Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD), Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, E-Mail: redaktion@sovde.de, Telefon: 030/72 62 22 – 0. Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Schöne, Brigitte Grahl, Sebastian Triesch, Denny Brückner, Eva Lebenheim.